

STRATEGISCHE ANTRÄGE ZUM HAUSHALT 2026

Leitgedanke 1: Mehr Umweltschutz wagen, Klimaanpassung vorantreiben

➤ Erneuerbare Energien

Der Ausbaupfad bei Photovoltaik muss beibehalten werden. Die Pläne für Windkraftanlagen sollen weiter konkretisiert werden. Dazu braucht es neben einem Investor ein Beteiligungsmodell. Eine kommunale Energieberatung ist wieder anzustreben.

➤ Hitzeaktionsplan

Für die Umsetzung des Hitzeaktionsplans sind weitere Maßnahmen notwendig.

➤ kommunaler Wärmeplanung

Es sollen weitere konkrete Schritte bei der kommunalen Wärmeplanung gegangen werden.

➤ Aufwertung der Glems

Für die Aufwertung der Glems als Naherholungsbereich sind Planungen notwendig.

Leitgedanke 2: Gute Bildung für mehr Chancengerechtigkeit

➤ Schulbetrieb

Die Kommune muss die Rahmenbedingungen für gute Bildung für alle schaffen. Bildung darf nicht von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

- Dies bedeutet, die Vorgaben für den Aufbau eines Ganztagesgrundschulbetriebes anzugehen. Für die **Sophie-Scholl-Schule** streben wir eine verlässliche Form an. Weitere Formen sind an den anderen Grundschulen möglich.
- Ein großes Thema bleibt die **Schaffung ausreichender Räumlichkeiten**. Durch die Wiedereinführung von G9 werden zusätzliche Flächen notwendig. Wir wollen eine Prüfung, ob und wie das alte Arbeitsamt als Schulstandort genutzt werden kann.
- **Sichere Schulwege** machen Elterntaxis überflüssig.

➤ **Kita-Ausbau**

Beim Kitausbau ist Leonberg auf einem guten Weg, hier muss der Ansatz gelten, kein Quartier ohne Kita.

Leitgedanke 3: Stadtentwicklung mit Augenmaß

➤ **Leerstand vermeiden**

Im Sinne von "Innen vor außen" ist es wichtig, Leerstand in bestehenden Wohnungen zu vermeiden. Ein Mittel dafür könnte das neue Programm des Landes BaWü sein, einen Umzugsbonus von je 7.500 EUR an die Kommunen zu zahlen, wenn durch ihre Vermittlung oder mit ihrer Hilfe ein Mieter in eine kleinere Wohnung umzieht.

Dieses Angebot sollte Leonberg nutzen. Hilfreich wäre dabei ein Leerstandskataster für Wohnungen.

➤ **Fortführung des Flächennutzungsplans**

Bei der anstehenden Fortführung des FNP ist darauf zu achten, dass die Bereiche Landschaftsschutz/ Schwammstadt/ Grünzüge/ Frischluftschneisen als starker Fokus berücksichtigt werden.

Leitgedanke 4: Neue Wege in der Mobilität (Beispiele für konkrete Anträge)

➤ Aufenthaltsqualität erhöhen

Um die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu erhöhen, sollen Grünflächen, Sitzgelegenheiten und attraktive Bereiche für Fußgänger geschaffen werden. Diese Maßnahmen dienen der Gesundheit und Sicherheit der Menschen in Leonberg. Dazu ist eine Verkehrsberuhigung nötig, außerdem sollten bestimmte Bereiche vom PKW-Verkehr ausgenommen werden.

- Die Stadt wird darum gebeten, für eine **temporäre Umgestaltung** der Fläche vor dem Neuen Rathaus sog. „Stadtmobiliar“ auszuleihen ([Link](#)). Dies kann sie als AGFK-Mitgliedskommune kostenlos tun.
- Die Stadt soll prüfen, ob der **Marktplatz** in einem temporären Verkehrsversuch für den Autoverkehr gesperrt werden kann.
- Die Stadt soll prüfen, ob auf zentralen Verkehrsachsen, die besonders vom Umleitungsverkehr der Autobahnen betroffen sind (insb. Eltinger Str., Grabenstr., Feuerbacher Str.) **durchgängig Tempo 30** angeordnet werden kann. Die StVG-Novelle erweitert hierfür die Möglichkeiten für die Kommunen ([Link](#)).

➤ ÖPNV voranbringen

Trotz der verkehrsmäßig guten Lage Leonbergs im Einzugsbereich von Stuttgart bleiben Mängel bei der Anbindung der Leonberger Teilorte. Ziel muss es sein, ein für alle Teile der Stadt gleichermaßen verlässliches und dicht getaktetes Verkehrsangebot zu schaffen, besonders in den Randzeiten.

- Die Stadt soll prüfen, ob eine **Busverbindung zwischen Höfingen und Gersheim** geschaffen werden kann, mit der Option der Verlängerung bis Rutesheim und Ditzingen.
- Die Stadt soll den **barrierefreien Ausbau von wichtigen Bushaltestellen** weiter voranbringen. Dies beinhaltet vor allem den stufenlosen Zugang in das Fahrzeug durch Hochbordsteine, Sitzmöglichkeiten im Schatten, taktile Leitsysteme und dynamische Fahrgastinformationssysteme.
- Die Stadt wird gebeten, dem Gemeinderat bereits im Jahr 2025 erste Erkenntnisse zum **On-Demand-Shuttle „VVS-Rider“** aus Rutesheim/Renningen vorzulegen und die Optionen einer Anbindung des Leonberger Stadtgebiets aufzuzeigen.

➤ **Radverkehr stärken**

Um Radfahren in Leonberg zu fördern und sicherer zu machen, soll die Stadt Verkehrsflächen neu aufteilen und dem Radverkehr eine höhere Priorität einräumen. Ziel muss es sein, ein Netz an sicheren, durchgängigen Radwegen im gesamten Stadtgebiet zu schaffen.

- Die Stadt soll den Umbau der **Eltinger Str.** zügig angehen, damit eine ausgewogene Straßengestaltung dieser zentralen Verkehrsachse als Teil des „Brückenschlags“ sichergestellt wird.
- Die Stadt soll Maßnahmen ergreifen, um die **Römerstraße** auf der gesamten Länge zwischen Gebersheimer Str. und der Kreuzung Steinstraße durch die Errichtung von beidseitigen Radwegen, separiert vom Autoverkehr und Fußverkehr durchgängig und sicher befahrbar zu machen.
- Der Fahrrad-Schutzstreifen in der **Grabenstraße** (bergab) darf ausschließlich zum Ausweichen des Gegenverkehrs überfahren werden, zudem muss beim Überholen eines Fahrradfahrers der Mindestabstand von 1,5 m gewahrt sein ([Link](#)). Beides wird weitestgehend vom Autoverkehr ignoriert, weshalb die derzeitige Situation eine massive Beeinträchtigung der Sicherheit des Radverkehrs darstellt. Die Stadt soll Alternativen zum Fahrrad-Schutzstreifen prüfen, etwa einen Radfahrstreifen, der die Radspur vollständig vom Kraftfahr-Verkehr trennt, oder die Errichtung eines Zweirad-Überholverbots ([Link](#)).
- Die Stadt soll Maßnahmen ergreifen, um die **Bahnhofstraße** auf der gesamten Länge zwischen der Kreuzung Grabenstraße/Hirschbrunnen bis zur Kreuzung Römerstraße durchgängig für den Fahrradverkehr auf eigens markierten Spuren befahrbar zu machen.
- Die Stadt wird aufgefordert, den Bau des **Radwegs entlang der L 1137** Richtung Ditzingen/Gerlingen schnell umzusetzen.

➤ **Car-Sharing**

Damit Flächen für den parkenden Verkehr reduziert und Anwohner ihre Fahrzeuge in der Nähe ihrer Wohnstätten abstellen können, sollen Möglichkeiten für eine gemeinsame Nutzung (Car-Sharing) weiter ausgebaut werden. Dazu muss es bevorzugte Stellplätze für geteilte Fahrzeuge im öffentlichen Raum geben.

Die Stadt soll für alle Stadtteile prüfen, wo gut erreichbare Car-Sharing-Standorte eingerichtet werden können. Das betrifft besonders Standorte in Wohngebieten, die erst in den letzten Jahren entstanden sind. Es soll dabei auch geprüft werden, ob an Car-Sharing-Standorten perspektivisch Ladesäulen für Elektro-Autos errichtet werden können.

➤ **Fördermöglichkeiten**

Die Stadt soll darlegen, ob alle verfügbaren Landes- und Bundesförderungen für nachhaltige Mobilität (insb. LGVFG und GVFG) wo passend in Anspruch genommen wurden und werden.

Die Stadt soll sich etwa im Rahmen der AGFK-Mitgliedschaft für Modellprojekte und Förderprogramme zur nachhaltigen Mobilität bewerben.